

Belagerungs- zustände

Über extrem rechte Immobilien

Extrem rechte Parteien und Bewegungen feiern bundesweit Erfolge und versuchen, diese Entwicklungen zu zementieren, indem sie Immobilien und Räumlichkeiten für Einflussnahme in ihrem Sinne erwerben. Besonders extrem rechte Vorfeldorganisationen werben hierfür eindringlich um Gelder, bilden Strukturen und Unterstützungsnetzwerke. Auch extrem rechte Parteien erkennen die Bedeutung dieses Vorgehens zunehmend an. Die rheinland-pfälzische AfD setzte in einem Strategiepapier aus dem März 2026 den Aufbau lokaler Zentren auf ihre Agenda, das Ziel: „Ein Zentrum pro Wahlkreis bis 2029!“

Lokale Zentren – eine Mischung aus Kneipe, Veranstaltungsort und Büro – dienen als Knotenpunkte für extrem rechte Akteur*innen und haben die Funktion Dörfer, Stadtteile und Regionen dauerhaft unter Druck zu setzen. Es entstehen Belagerungszustände, um lokal auf den rechts-ideologischen Umbau der Gesellschaft hinzuarbeiten. Ein Trend der bundesweit und auch konkret in Rheinland-Pfalz sichtbar ist. Der Ankauf und die Übernahme von Immobilien durch extrem rechte Kreise ist ein wesentliches Thema, mit dem sich Demokrat*innen in den kommenden Monaten und Jahren beschäftigen müssen.

Die vorliegende Broschüre gibt zivilgesellschaftlich Engagierten, Vertreter*innen von Verwaltung und Medien sowie Kommunalpolitiker*innen Strategien zur Abwehr und Bekämpfung extrem rechter Immobilien an die Hand. Denn viele Beispiele zeigen: Ort für Ort kann das Fundament extrem rechter Verankerung untergraben werden.

Was sind extrem rechte Immobilien?_____ 2

In die Offensive gehen_____ 4

Was tun als Medienvertreter*innen?_____ 4

Was tun als Zivilgesellschaft?_____ 5

Was tun als kommunale Verwaltung?_____ 6

Was tun als kommunale*r Politiker*in?_____ 7

Erste Schritte_____ 8

Inhalt



**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
RHEINLAND-PFALZ e.V.**

Trojanische Pferde:

Kneipen, Veranstaltungsorte, Treffpunkte

Extrem rechte Immobilien erfüllen unterschiedliche Funktionen: Sie sind Kneipen, Schulungsräume oder Veranstaltungsorte für Konzerte. Als Sporteinrichtungen sind sie Orte, an denen Gewaltkompetenz vermittelt wird. Genutzt werden burschenschaftliche Verbindungshäuser oder Abgeordnetenbüros extrem rechter Parteien. Der NPD-Funktionär Thorsten Heise bezeichnete sie 2013 als „Burg[en] im Feindesland“. Es sind keine Stätten friedlicher Nachbarschaft. Ihre ganze Existenz ist darauf ausgelegt, extrem rechte Akteur*innen zusammenzubringen, zu vernetzen und neue Mitglieder zu gewinnen, Akzeptanz zu schaffen, Gelder einzunehmen, Normalisierung zu erlangen und eine Lebenswelt für die eigene Anhänger*enschaft zu schaffen.

Bereits in den 1990er Jahren sahen neonazistische Strategiekonzepte die Errichtung sogenannter „National befreiter Zonen“ vor. Extrem rechte Immobilien spielten darin auch schon eine entscheidende Rolle. Innerhalb der Szene wurde damals diskutiert, wie es Neonazis schaffen könnten, nach und nach Macht in einem Staat zu erlangen. Ihr Ziel war die schrittweise Übernahme einzelner Straßenzüge, Kieze, Dörfer und Stadtteile. Neonazis sollten sich dort ansiedeln, um mit Präsenz und Gewalt den Ort zu dominieren. Indem sie politische Gegner*innen und die Staatsmacht verdrängten, wollten die Neonazis selbst zur Ordnungsmacht aufsteigen. Exemplarisch dafür steht die Immobilie „Hetendorf 13“ im Landkreis Celle im Jahr 1979. Während der Veranstaltungsort für Wehrsportübungen und Kaderbildung, Brauchtumspflege und Zusammenkünfte rechtsextremer Politiker*innen genutzt wurde, patrouillierten bewaffnete und verummte Neonazis rund um das Gelände.

Für die jüngste Zeit gibt es viele Beispiele: 2017 sorgte die Immobilie in der Adam-Kuckhoff-Straße 16 in Halle (Saale) für Aufsehen. Hier hatten sich verschiedene extrem rechte Organisationen in einer Immobilie niedergelassen: AfD-Vertreter*innen, der Verein Ein Prozent und die Identitäre Bewegung. Die Immobilie diente als Abgeordnetenbüro und Wohnhaus. Sie bot Räume für Konzerte und Vorträge. Außerdem war der Ort Ausgangspunkt für Aktionen, mit denen die extrem rechten Bewohner*innen versuchten, die Stadt Halle unter ihre Kontrolle zu bringen. Im Verlauf der zwei Jahre währenden Nutzung kam es zu Bedrohungen und körperlichen Übergriffen aus dem Umfeld dieses extrem rechten Zentrums. In Hachenburg in Rheinland-Pfalz entstand 2019 die „Fassfabrik“. Die AfD-nahe Immobilie sollte eine Leuchtturmfunktion einnehmen und bot unterschiedlichen extrem rechten Gruppierungen einen Anlaufpunkt. Zum Beispiel nutzten die AfD, die Neonazi-Partei Der Dritte Weg und militante Coronaleugner*innen die Immobilie. Die Nutzung blieb szeneintern. Ende 2024 wurde die Immobilie aufgegeben. Der Versuch, die Dorfgesellschaft mit einem offenen Stammtisch anzuziehen, scheiterte. In Mainz existierte von 2022 bis zum Frühjahr 2024 das „Zentrum Rheinhessen“. Es beherbergte Büros von Bundestags- und Landtagsabgeordneten der AfD Rheinland-Pfalz. Dazu gab es verschiedene Veranstaltungen. 2023 arrangierte der Verein Ein Prozent in Zusammenarbeit mit den Betreiber*innen parallel zur Frankfurter Buchmesse eine „Alternative Buchmesse“.



Materialien und Kontakte unter:
boell-rlp.de/belagerungszustaende

Die Strategien: aggressiv & expansiv

Ziel des Aufbaus extrem rechter Immobilien ist es, den Einflussbereich der Betreiber*innen zu erweitern. Kurzfristig signalisiert er den Anspruch auf diesen bestimmten Ort. Mittel- und langfristig soll der Sozialraum um das Gebäude Stück für Stück durch rechte Ideologie geprägt werden. Menschen, die nicht in das Weltbild der extremen Rechten passen, sollen vertrieben werden oder sich fernhalten. Die Strategien zur Etablierung extrem rechter Immobilien gründen sich auf zwei wesentliche Ansätze.

Angst verbreiten

Die Betreiber*innen und ihr Umfeld beanspruchen provokant und öffentlichkeitswirksam den öffentlichen Raum rund um die Immobilie. Extrem Rechte besetzen Dorf-, Sport- und Spielplätze, die offene Straße, Fußgängerzonen, Kneipen, Clubs und Restaurants und strahlen Gewaltbereitschaft aus. Mit solchen Machtdemonstrationen gehen oft Anfeindungen und körperliche Übergriffe einher. Zielgruppen sind Menschen, die (links-)alternativ wirken, denen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird, die eine nicht-heterosexuelle Partnerschaft offen leben oder die für ihr zivilgesellschaftliches Engagement bekannt sind. Sticker, Graffitis und Plakate sollen das Stadtbild verändern und den Anspruch auf das Gebiet optisch manifestieren. Diese punktuellen Eskalationen und optischen Fragmente haben Signalwirkung: Menschen, die nicht in das rechtsradikale Weltbild passen, sind hier in Gefahr. Am Ende trifft dies auch alle engagierten Demokrat*innen jeder Richtung. Der Effekt ist, dass diese Gruppen das Gebiet meiden oder sich verstecken, wenn sie hier notwendigerweise verkehren müssen.

Lücken füllen

Extrem Rechte versuchen bestehende gesellschaftliche Lücken zu füllen und sich als Personen langfristig unersetzbar zu machen. Sie bringen sich in das Vereinsleben ein und übernehmen wichtige Positionen und legen dabei großen Eifer an den Tag. Sie helfen, wo sie können, und ziehen Kompetenzen und Ressourcen an sich. Über kurz oder lang soll das gesellschaftliche Leben vor Ort nur noch in Zusammenarbeit mit ihnen möglich sein. Mit dieser Verankerung wird die extrem rechte Ideologie in die lokale Gesellschaft hineingetragen und etabliert. Beim Dorffest, bei Bier und Bratwurst, parallel zum Kinderprogramm werden ganz nebenbei menschenverachtende Positionen normalisiert. In ländlichen Strukturen übernehmen Rechtsradikale dazu gezielt sterbende Kneipen und machen sie zum Zentrum des dörflichen Soziallebens. Besonders strukturschwache Regionen sind anfällig für diese Strategie, weil vor Ort händelnd nach Personen gesucht wird, die bereit sind, sich zu engagieren und soziale Treffpunkte zu etablieren. Über die demokratiefeindliche Ausrichtung und die zum Teil menschenverachtenden Ansichten extrem rechter Personen wird in vielen Fällen aufgrund des Engagements hinweggesehen – oft aus Mangel an Alternativen. Das soziale Leben wird damit Schritt für Schritt in den Wirkkreis der Immobilienbetreiber*innen gezogen. Damit erhalten diese Gewalt über das Zusammenleben und entscheiden, wer daran teilnehmen kann und wer nicht.

Selten treten die beiden strategischen Ansätze isoliert auf, in der Regel werden sie kombiniert. So kann der nette Helfer von nebenan, in anderem Zusammenhang durchaus gezielt Menschen bedrohen, und typische Schlägernazis können sich an Hilfsaktionen beteiligen. Diese Mischvarianten sind gefährlich, weil sie uneindeutig sind und Sympathien erzeugen. Egal wie, die Strategien führen dazu, den Sozialraum um die Immobilie zunehmend nach extrem rechten ideologischen Vorstellungen zu verändern. Menschen, die nicht in das rechte Weltbild passen, werden vertrieben, und ein extrem rechter Personenkreis wird zunehmend angezogen. Wer sich gegen solche Entwicklungen wehren möchte, sollte möglichst früh ansetzen und mit einer klaren Strategie das Vorhaben der Immobilienbesitzer*innen kontern.

Impressum

V.i.s.d.P.:

Alrun Schleiff
Heinrich-Böll-Stiftung
Rheinland-Pfalz e. V.
Walpodenstraße 10
55116 Mainz
www.boell-rlp.de
mainz@boell-rlp.de
Mainz, 2026

Eine Kooperation der
Heinrich Böll Stiftung
RLP und der Heinrich Böll
Stiftung Thüringen.

Lektorat: Kristin Locker,
Lektorat Argwohn Leipzig

Design:
Michael Schmitz, Köln
www.studiomichaelschmitz.eu

Die Publikationen aus dem
Verbund der Heinrich Böll
Stiftungen dürfen nicht
zu Wahlkampfwzwecken ver-
wendet werden.

In die Offensive gehen

Jede funktionierende Gegenstrategie fußt auf gründlicher Analyse. Die vordringlichste Frage ist hier: Für welchen Zweck wird die Immobilie genutzt? Ein Ort für geheime Treffen erfordert eine andere Reaktion als ein Konzertraum. Ziel ist immer, die extrem rechte Struktur unter Druck zu setzen, und diesen Druck langfristig aufrecht zu erhalten, um die extreme Rechte vom Zufluss weiterer Ressourcen abzuschneiden.

Mit dem Immobilienkauf oder Mietvertrag sind finanzielle Kosten verbunden, ebenso wie mit den notwendigen Renovierungsarbeiten. Der Betrieb einer Immobilie erzeugt fortlaufende Kosten. Die Organisation regelmäßiger Konzerte, Lesungen und Vorträge kostet Engagement, Einsatz und Nerven. Übersteigen die Kosten – finanziell, personell und emotional – langfristig den Nutzen, gerät die Struktur unter Druck. Das ist der Kern jeder effektiven Gegenstrategie: Die Kosten müssen erhöht, der Nutzen muss gesenkt werden.

Aus diesem Grund muss das Engagement gegen die Etablierung einer extrem rechten Immobilie auf Langfristigkeit angelegt sein. Wichtig dabei ist, dass die Strategie zu den jeweiligen Akteur*innen

passt, um nicht die eigenen Kräfte aufzureiben. Eine informelle Gruppe Jugendlicher wird andere Aktionsformen umsetzen als die Elterninitiative der Nachbarschaft, Vertreter*innen kommunaler Politik und Verwaltung haben andere Möglichkeiten als die Kirchengemeinde.

Die große Herausforderung im Kampf gegen Rechtsextreme, die durch Immobilienkäufe oder -nutzung die Zivilgesellschaft unterwandern, besteht darin, eine Vielzahl verschiedener Akteur*innen zu aktivieren. In dieser Situation müssen Gruppen und Einzelpersonen zusammenarbeiten, die sonst nicht dieselben Ziele und Werte teilen. Daher ist vor allem ein allgemein geteilter Grundkonsens notwendig: das gegenseitige Verständnis, dass in dieser Frage alle ein gemeinsames Interesse teilen und an einem Strang ziehen. Beginnen verschiedene Akteur*innen, die Strategien anderer zu bewerten, sich mit Nebensächlichkeiten aufzuhalten oder zu distanzieren, sinken die gemeinsamen Erfolgsaussichten massiv.

Eine kurze Analyse-Checkliste und mögliche erste Schritte finden sich am Ende der Broschüre.

Was tun als Medienvertreter*in?

Medien nehmen eine besondere Rolle ein, wenn der Ankauf und/oder das Betreiben einer Immobilie durch einen extrem rechten Personenkreis strategisch verhindert werden soll. Negative Berichterstattung erschwert die Normalisierung des rechten Zentrums. Neutral berichtende Meldungen unterstützen hingegen die Normalisierung. Durch prominente Gäste und viele Pressemitteilungen versuchen extrem Rechte einen hohen Nachrichtenwert zu erzeugen, um auf lokale Medien attraktiv zu wirken.

Um den extrem rechten Akteur*innen nicht in die Hände zu spielen und dennoch ihrem Auftrag entsprechend zu berichten, können Medienschaffende Folgendes beachten:

1. Keine extrem rechten Narrative übernehmen. Veröffentlichen Sie Pressemitteilungen der extrem rechten Immobilienbetreiber*innen nicht ungeprüft und unkommentiert. Prüfen Sie die Fakten und lassen Sie Ereignisse und Veranstaltungen durch Expert*innen einordnen.

2. Kontakt zur demokratischen Zivilgesellschaft.

Suchen Sie lokale Ansprechpartner*innen, die sich gegen die Aktivitäten wehren und lassen Sie diese zu Wort kommen. Eine umfassende Berichterstattung bildet notwendigerweise die Gegenposition ab.

3. Berichten Sie über Gegenaktionen und Widerstand vor Ort.

Verwaltung, kommunale Politik und Zivilgesellschaft bieten häufig spannende Einblicke zum Thema.

4. Setzen Sie die Immobilie in den Kontext.

Extrem rechte Immobilien sind kein Einzelphänomen, sondern eine breit angelegte Strategie rechtsextremer Akteur*innen. Sprechen Sie für die Kontextualisierung auch mit Expert*innen aus dem Bundesgebiet.

Was tun als Zivilgesellschaft?

Selbst in die Offensive gehen, ist die beste Verteidigung. Allerdings zieht jede Aktion eine Reaktion nach sich. Um sich erfolgreich gegen extrem rechte Einflussnahme zu wehren, müssen lokale Strukturen abgesichert und gleichzeitig ein offensives Vorgehen umgesetzt werden.

1. Sichern Sie Ihre Satzung.

Als Verein ist es sehr nützlich, in der Satzung ein Bekenntnis zu Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu verankern, um einerseits Unterwanderungsversuche abzuschrecken und andererseits Personen nachträglich ausschließen zu können.

2. Organisieren Sie aktiv Gemeinschaft(en) vor Ort.

Schließen Kneipen, Restaurants oder soziale Räume, sollten diese gesellschaftlichen Lücken selbstbestimmt geschlossen werden. Konkret: Schließt die Kneipe vor Ort und wird dann von einer lokalen Initiative weiter betrieben, gibt es weniger örtlichen oder gesellschaftlichen Raum für rechts-extreme Landnahme.

3. Suchen Sie Kontakt und Beratung.

Entsteht vor Ort ein extrem rechtes Zentrum, kontaktieren Sie die mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, erfahrene Demokratieinitiativen oder bestehende Bündnisse. Besonders wenn es zu Angriffen kommt, sind lokale Strukturen schnell überfordert und brauchen Hilfe von außen. Sich Unterstützung zu holen, ist keine Schwäche, sondern Teil aktiver Gegenwehr. Solidarität wird mehr, wenn sie geteilt wird.

4. Sammeln Sie Informationen.

Gegenwehr braucht verlässliche Informationen über die extrem rechten Strukturen, Personen und ihre Strategien vor Ort. Es ist wichtig herauszufinden, wer die Immobilie betreibt und wer sie finanziert. Das dient der Strategiefindung und Gefahrenabschätzung. Die Zusammenarbeit mit Journalist*innen und Recherche-teams ist besonders hilfreich.

5. Warnen Sie andere vor Unterwanderung.

Informationskampagnen über Zusammenhänge und ideologische Hintergründe helfen dabei, die lokale Gesellschaft aufzuklären und zur Gegenwehr zu motivieren. Werden Informationen aber als schlecht recherchiert, unglaubwürdig, irrelevant oder als Angriff gegen den gesamten Ort wahrgenommen, verpufft die erhoffte Reaktion oder schlägt ins Gegenteil um.

6. Organisieren Sie Protest.

Es kann sein, dass Demonstrationen zunächst belächelt werden, aber sie treiben – besonders wenn Sie langfristig sind – die „Betriebskosten“ der rechten Akteur*innen in die Höhe. Gut eingesetzter Protest kann Parkmöglichkeiten einschränken; er verhindert die Normalisierung der Immobilie und lässt den Besuch nicht unwidersprochen. Dazu erleichtert Protest Journalist*innen die Recherchearbeit, weil durch die Demonstrierenden ein geschützter Raum in der Nähe der Immobilie entsteht.

Was tun als kommunale Verwaltung?

Die kommunale Verwaltung spielt eine wesentliche Rolle, im Umgang mit extrem rechten Immobilien. Werden Sie aktiv, sobald es Anzeichen für die Etablierung einer solchen in Ihrer Zuständigkeit gibt. Je schneller Sie reagieren, desto einfacher ist es, Einfluss zu nehmen.

Melden Sie den Verdacht auf eine extrem rechte Immobilie grundsätzlich bei den Sicherheitsbehörden (Staats- oder Verfassungsschutz) und dem Innenministerium. Diese prüfen Ihren Verdacht und werden im Regelfall helfen, Strategien zu entwickeln.

Darüber hinaus steht der Verwaltung ein großer Katalog an Maßnahmen zur Verfügung, wie sie die Etablierung extrem rechter Immobilien erschweren oder sogar verhindern kann:

1. Leerstehende Immobilien beobachten.

Es ist hilfreich, wenn Sie Leerstand im Blick haben, der potenziell interessant für die extreme Rechte ist. Das sind vor allem Immobilien im ländlichen Raum, die die Möglichkeit für eine Kombinationsnutzung – Gastronomie, (Kampf-)Sport, Büros, Veranstaltungen – bieten. Ein genauer Blick auf Interessierte nützt.

2. Ankauf kommunaler Immobilien verhindern.

Lassen Sie sich von Kaufinteressent*innen ein Nutzungskonzept vorlegen. Darin kann zum Beispiel vertraglich ein Verbot für Konzert-/Veranstaltungsnutzung festgelegt werden. Bei Verdacht sollten die Interessent*innen überprüft und Weiterverkaufsfristen festgelegt werden, um Strohkäufe zu verhindern.

3. Privatverkauf verhindern.

Als Kommune können Sie einen Privatverkauf nicht verhindern. Wenn extreme Rechte allerdings versuchen, Immobilien von Privatpersonen zu erwerben, ist es unter Umständen geboten, vom Vorkaufsrecht Gebrauch zu machen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, auf die Verkäufer*innen zuzugehen und die Unterstützung der Kommune anzubieten, um gemeinsam andere Lösungen zu finden.

4. Verbot einzelner Veranstaltungen.

Sollte es einen gut begründeten Verdacht geben, dass es während Veranstaltungen zu Straftaten (z. B. Volksverhetzung, Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole, Landfriedensbruch) kommt, können Sie ein Verbot aussprechen. Eine bloße Vermutung reicht hierfür nicht aus. Wichtig sind vorherige Rücksprachen mit dem Verfassungsschutz oder der lokalen Polizeibehörde.

5. Ordnungsmaßnahmen und Auflagen bei einzelnen Veranstaltungen.

Bei jeder öffentlichen Veranstaltung sind Auflagen zu erfüllen. Sie sollten bei extrem rechten Veranstaltungen durch die zuständigen Organe stets prüfen lassen, ob Auflagen hinsichtlich Konzessionen, Bestuhlungs- und Rettungsplan, Lärmschutz- und Brandschutzbestimmungen, aber auch Umwelt- und Bauauflagen erfüllt sind. Darüber hinaus können die Straßenverkehrsbehörden Halteverbote zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit aussprechen und Auflagen in Bezug auf Parkplätze erteilen.

6. Nutzung von Immobilien prüfen.

Prüfen Sie regelmäßig, ob Baurecht und Nutzungsplan eingehalten werden. Auf Kreisebene ist es dem Finanzamt möglich, die Geschäfte der Immobilienbetreiber*innen zu kontrollieren und festzustellen, ob Steuern korrekt abgeführt wurden.

Eine vertiefende Liste mit konkreten Verweisen auf Paragraphen und Fallbeispielen haben die Innenministerien der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen sowie die Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport 2024 in der Handreichung „Rechtsextremistisch genutzte Immobilien in Ostdeutschland“ veröffentlicht. Sie finden die Broschüre hier:

https://innen.thueringen.de/fileadmin/Innenministerium/Pressemitteilungen/Medien_fuer_PM_2024/Rechtsextremistisch_genutzte_Immobilien.pdf

Was tun als kommunale*r Politiker*in?

Rechte Immobilienbetreiber*innen im eigenen Kreis oder der Gemeinde sind auch politisch gesehen ein Schock und ein unangenehmes Thema. Unter Umständen ist die Debatte rund um diese Immobilien schwierig, gerade wenn sich die Betreiber*innen kommunal stark einbringen. Aus der Bürger*innenschaft organisierte Angebote sind schließlich grundlegend wünschenswert und häufig dringend nötig. Genau dieses Vorgehen gehört jedoch zur Strategie der extremen Rechten. Daher ist es wichtig, als Vertreter*in kommunaler Politik nicht zur Tagesordnung überzugehen, sondern den Diskurs rund um die Immobilie selbstbewusst zu führen.

1. Arbeiten Sie zusammen.

Versuchen Sie, als demokratische Kräfte kommunalpolitisch möglichst gemeinsam zu agieren. Mit Sicherheit gibt es politische Differenzen im Rat. Aber eine extrem rechte Immobilie ist ein Angriff auf das demokratische Zusammenleben, die Kommune und die Gesellschaft. Es ist wichtig und richtig, hier gemeinsam vorzugehen.

2. Schaffen Sie selbstbewusst Öffentlichkeit.

Setzen Sie die rechte Immobilie im Rat auf die Tagesordnung und diskutieren Sie mit den Kolleg*innen der demokratischen Parteien. Verschaffen Sie sich und den Kolleg*innen einen Überblick über die Verhältnisse und die Strategie der rechten Immobilienbetreiber*innen. Sie können Sachverständige zu einer Sitzung einladen oder eigene Erkenntnisse zur Verfügung stellen. Fordern Sie von den verantwortlichen Stellen ein sich öffentlich gegen die Betreiber*innen der Immobilie zu positionieren.

3. Suchen Sie Kontakt zur Zivilgesellschaft.

Häufig gibt es Demokratievereine, interessierte Bürger*innen oder überregionale Netzwerke,

die Wissen und Expertise zum Thema extreme Rechte und Demokratiefeinde einbringen können. Tauschen Sie sich aus, welche Handlungsoptionen und Strategien angebracht sind. Dabei ist es wichtig, dass beide Seiten die Logik der jeweils anderen anerkennen – Vereine, lose Initiativen und Parteien sind eigenständige Organisationen mit eigenen Aufgaben und Strukturen. Es gibt für jede Aktion, die richtige*n Akteur*innen. Wichtig ist: Auf Augenhöhe miteinander sprechen und kooperieren, wo es möglich ist!

4. Beziehen Sie öffentlich Position.

Es ist wesentlich, dass die organisierte Politik vor Ort Haltung zeigt, ob in Veröffentlichungen, sozialen Medien oder am Infostand. Häufig herrscht die Vorstellung, das eigene Programm wäre klar genug oder das öffentliche Thematisieren extrem rechter Umtriebe würde eben diesen Auftrieb geben. Doch vor allem das Nicht-Thematisieren stärkt die Betreiber*innen rechter Immobilien, es signalisiert vermeintliche Normalität und Akzeptanz in alle Richtungen.

Durch Ihre Positionierung werden Alternativen und Widerspruch sichtbar. Außerdem macht es Menschen in der Kommune Mut, sich ebenfalls zu positionieren.

5. Holen Sie sich Hilfe von „oben“.

Wenden Sie sich an die Landesgeschäftsstelle Ihrer Partei und an nahestehende Organisationen. Diese können häufig für alle genannten Punkte Unterstützungsangebote machen. Auf Landesebene können kleine Anfragen im Parlament den öffentlichen Diskurs stärken, Druck auf Betreiber*innen der rechten Immobilie erhöhen und lokale Behörden zum Handeln bringen. Zudem fördern sie Informationen zutage, die lokale Akteur*innen, Medienvertreter*innen oder die Medienberichterstattung vor Ort nutzen können.

Aus der Not eine Tugend machen

Wenn vor Ort eine extrem rechte Immobilie eröffnet wird, ist es nicht ratsam, den Kopf in den Sand zu stecken. Von ihr geht Gefahr aus! Es bietet sich die Chance für eine demokratische Gegenoffensive.

Der Aufbau einer Immobilie ist die entscheidende Phase für die Landnahme extrem rechter Personengruppen vor Ort. Kann die Immobilie als Anlaufpunkt verankert werden, setzt sich extrem rechte Ideologie im kommunalen Umfeld mehr

und mehr fest. Deshalb gilt: Je früher und konsequenter Widerstand beginnt desto wirksamer ist er.

Wird verhindert, dass extrem rechte Akteur*innen eine Immobilie ankaufen und etablieren, beschädigt das rechtsextreme Strukturen. Der Verlust einer Immobilie geht nicht selten mit sozialen Verwerfungen in der lokalen Szene einher: Oft erleiden die Immobilienbetreiber*innen große finanzielle Verluste, Frust und Kon-

flikte entstehen bzw. breiten sich aus. Oft ist die Resignation der Akteur*innen die Folge. Wer eine Immobilie eröffnet und dann wieder verliert, erfährt eine öffentliche Niederlage. Das wird bundesweit von Antifaschist*innen wahrgenommen – und auch von extrem rechten Akteur*innen. Haben Sie den Mut, sich zu wehren! Trauen Sie sich, Hilfe zu holen! Seien Sie gemeinsam demokratisch erfolgreich!

Analyse-Checkliste

Ist eine extrem rechte Immobilie im Aufbau begriffen, müssen Aktive einen langen Atem beweisen. Durchhaltevermögen und die richtige „Strategie“ sind von entscheidender Bedeutung.

Wichtige Fragen für die Entwicklung einer geeigneten Gegenstrategie:

• Wem gehört die Immobilie?

Es ist grundlegend zu klären, ob gekauft oder gemietet wurde. Wer sind die Mieter*innen bzw. die Eigentümer*innen? Hält eine Einzelperson oder eine Organisation die Eigentumsrechte? Wurde das Gebäude unter einem falschen Vorwand gemietet? Woher stammen die finanziellen Mittel?

• Wozu dient die Immobilie?

Wird die Immobilie für Konzerte und Veranstaltungen genutzt? Finden dort heimliche Treffen statt? Welche Zielgruppen werden angesprochen? Wird die Immobilie von Parteien für (parteiinterne) Veranstaltungen genutzt?

• Welche Ressourcen stehen den Betreiber*innen zur Verfügung?

Verfügen die Betreiber*innen über umfangreiche finanzielle Mittel? Unterhalten sie Kontakte zu Bands, Parteiprominenz und Referent*innen? Wie viele Unterstützer*innen vor Ort gibt es, die helfen und Veranstaltungen besuchen?

• Wo befindet sich die Immobilie?

Liegt sie im Ort oder außerhalb? Wie gut ist ihre (Nah-)Verkehrsanbindung? Wie können Gegenmaßnahmen räumlich nah organisiert werden? Welche nutzbare Infrastruktur gibt es vor Ort?

• Hat bereits eine Normalisierung stattgefunden?

Wohnen maßgebliche Akteur*innen vor Ort (in der Immobilie)? Sind sie etabliert oder werden sie vor Ort als Auswärtige wahrgenommen? Bekleiden sie sozial relevante Positionen (aktiv in einem Verein, Sitz in einem politischen Gremium)?

Erste strategische Schritte:

• Hilfe holen

Viele Initiativen und Kommunen haben sich in den letzten Jahren erfolgreich gegen extrem rechte Landnahme gewehrt und Wissen gesammelt. Treten Sie mit diesen in Kontakt und tauschen Sie sich aus. Erste Ansprechpartner*innen sind die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, lokale Bündnisse gegen Rechts sowie überregionale Beratungsstellen.

• Informationen sammeln und Aktivitäten beobachten

Die Analyse-Checkliste dieser Broschüre gibt Hilfestellungen für die anfängliche Recherche. Ist diese abgeschlossen werden weiterführende Informationen benötigt, um die eigenen Argumente zu festigen und die Strategie(n) anzupassen. Die kontinuierliche Beobachtung der Aktivitäten der extrem rechten Betreiber*innen rund um die Immobilie ist dafür maßgeblich.

• Unterstützer*innen suchen und Bündnisse schmieden

Alle, die ein Interesse daran haben, dass sich keine extrem rechte Immobilie vor Ort etabliert, sollten zusammenarbeiten – politische Akteur*innen, Vereine, Gewerbetreibende, Nachbar*innen, alle Personen, die an einem positiven Image des Ortes interessiert sind. Es ist wichtig, dass sich diese Akteur*innen auf einen gemeinsamen Grundkonsens verständigen.

• Öffentlichkeitswirksame Aktionen kontinuierlich beantworten

Der Kampf gegen eine extrem rechte Immobilie lebt von Kontinuität. Öffentliche Aktionen und Veranstaltungen in der Immobilie dürfen nicht Normalität werden. Stetige Gegenproteste, Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit stören nachweislich deren Betrieb, müssen jedoch langfristig durchführbar sein. Demokratisches Durchhaltevermögen ist unerlässlich.

Die extreme Rechte versucht mit Nachdruck eigene Immobilien zu etablieren. Gelingt es den Nutzen der Immobilie zu senken und gleichzeitig die Kosten des Betriebs zu steigern, scheitert die Strategie der rechten Landnahme. Hier liegt die Chance für demokratische Gegenwehr.